



Die neue russische Militärdoktrin

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Februar 2015

Zusammenfassung

Am 26. Dezember 2014 unterschrieb der russische Präsident Wladimir Putin eine neue Militärdoktrin, welche die Militärdoktrin von 2010 ablöst. Die neue Militärdoktrin präzisiert die Aussagen über den Charakter der militärischen Gefahren und der militärischen Bedrohungen Russlands, über die erforderlichen militärischen Mittel sowie über die Militär- und Rüstungspolitik. Sie hat in ihren Ausführungen über die NATO keine wesentliche Verschärfung erfahren. Die eigentliche Gefahr sieht Putin nicht in der NATO-Erweiterung, sondern in einem möglichen erfolgreichen Majdan in Moskau. Deshalb führt die neue Militärdoktrin die Putin-Doktrin ein: In an Russland angrenzenden Staaten wird eine „Politik, welche die Interessen der Russischen Föderation bedroht“, als äußere *militärische* Bedrohung eingestuft.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 26. Dezember 2014 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin die neue Militärdoktrin, die eine Woche vorher vom Sicherheitsrat, dessen Vorsitzender er ist, gebilligt worden war.¹ Die Überarbeitung der bisherigen Militärdoktrin hatte der Sicherheitsrat am 5. Juli 2014 beschlossen.

Die neue Militärdoktrin präzisiert – verglichen mit ihrer Vorgängerin von 2010, die noch vom damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew unterzeichnet worden war² – die Aussagen über den Charakter der militärischen Gefahren und der militärischen Bedrohungen Russlands, über die erforderlichen militärischen Mittel sowie über die Militär- und Rüstungspolitik.

Militärische Gefahren und Bedrohungen

Die Unterscheidung zwischen militärischen Gefahren und militärischen Bedrohungen wurde beibehalten. Während das Kapitel über die **äußeren Bedrohungen**, die eigentlich bedrohlicher sind als die Gefahren, nahezu unverändert blieb, wurde das Kapitel über die äußeren und inneren Gefahren überarbeitet. Bei den äußeren Bedrohungen wurde nur die Verletzung des Funktionierens der „pharmazeutischen und medizinischen Industrie“ hinzugefügt.

Bei der Aufzählung der **äußeren Gefahren** wird weiterhin an erster Stelle die NATO genannt. 2010 wurden ihr „Streben nach Verstärkung des Machtpotentials mit globalen Funktionen“, die unter „Verletzung des Völkerrechts“ ausgeführt werden, die „Annäherung der militärischen Infrastruktur der NATO-Mitgliedsstaaten an die Grenze der Russischen Föderation“ und die „Erweiterung des Blocks“ genannt. In der neuen Fassung ist vom „Anwachsen des Stärkepotentials“ der NATO und der „Ausweitung ihrer globalen Funktionen“ die Rede und von der „weiteren Erweiterung des Blocks“. Unter „Verletzung des Völkerrechts“ sind wahrscheinlich die Out-of-Area-Einsätze der NATO gemeint, die ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats durchgeführt werden. Die Hinzufügung des Adjektivs „weiteren“ geschah wohl mit Blick auf die Ukraine, welche die NATO-Mitgliedschaft anstrebt. Ansonsten wurden alle Formulierungen in diesem Absatz unverändert beibehalten.

Der Stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungskomitees der Staatsduma, Franz Klinzewitsch, hatte im September 2014 kritisiert, dass die Militärdoktrin von 2010 keinen Feind benannt hatte: „Zweifellos, der reale Gegner ist heute die NATO.“³ Und aus dem russischen Verteidigungsministerium war zu jener Zeit die Forderung zu vernehmen gewesen, dass die USA und die NATO die Hauptfeinde Russlands seien und dass dies in die neue Fassung der Militärdoktrin aufzunehmen sei.⁴ Es kann also von keiner wirklichen Verschärfung der Militärdoktrin bezüglich ihrer Aussagen über die NATO gesprochen werden. Putin hat nach Meinung des Direktors des European Council on Foreign Relations, Mark Leonhard, in Wirklichkeit weniger Angst vor einer Expansion der NATO als vor einem vom Westen gesteuerten Regimewechsel in Moskau.⁵ Putin zieht eine Linie vom ukrainischen Majdan 2004, den Massenprotesten gegen die Fälschung der Staatsdumawahl im Dezember 2011 sowie gegen seine neue Amtszeit als Präsident im Mai 2012 – beide in Moskau – und den Majdan vom Februar 2014 in Kiew und sieht dahinter überall die USA.

¹ <http://www.scrf.gov.ru/news/838.html>

² http://news.kremlin.ru/ref_notes/461 Vgl. zur Militärdoktrin von 2010: Schneider, Eberhard: Die russischen Militärdoktrin, in: Europäische Sicherheit & Technik. Bonn, 4/2012, S. 116-120.

³ http://ria.ru/defense_safety/20140902/1022400047.html

⁴ <http://www.ntv.ru/novosti/1206902/>

⁵ Leonhard, Mark/Krastev, Ivan: Die neue europäische Unordnung. Die EU wird Russland nicht ändern. Aber sie sollte sich hüten, es zu isolieren, in: Internationale Politik. Berlin, 1/2015, S. 42-51.



Als neue äußere militärische Gefahren werden genannt:

- die „Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie für militärpolitische Ziele und zur Durchführung von Handlungen, die dem Völkerrecht widersprechen, die gegen die Souveränität, politischen Unabhängigkeit, territorialen Integrität von Staaten gerichtet sind und die eine Bedrohung des Völkerrechts darstellen, der Sicherheit, der globalen und regionalen Stabilität“;
- die „Errichtung von Regimen als Ergebnis des Sturzes legitimer staatlicher Machtorgane, einer Politik, welche die Interessen der Russischen Föderation in Staaten bedroht, die an die Russische Föderation angrenzen“ und
- die „zersetzende Tätigkeit spezieller Dienste und Organisationen ausländischer Staaten und ihrer Koalitionen gegen die Russische Föderation“.

Die Nennung der Errichtung von Regimen als Ergebnis eines Sturzes der legitimen Machtorgane ist eine Reaktion auf die Ereignisse am 21./22. Februar 2014 in Kiew und bedeutet die Festschreibung einer Putin-Doktrin, die sich – im Gegensatz zur Breschnew-Doktrin – nicht auf die osteuropäischen Länder bezieht, sondern auf die ehemaligen Sowjetrepubliken dahingehend, dass sie nicht selbständig über ihr politisches System und ihre Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen können. Im Falle der Ukraine wurde die damalige provisorische ukrainische Regierung vom ukrainischen Parlament – unter großer Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten der damaligen Machtpartei „Partei der Regionen“ – auf der Grundlage der Einführung der Verfassung von 2004 gebildet, welcher der damalige Präsident Viktor Janukowitsch in seiner Vereinbarung mit den Majdan-Vertretern vorher zugestimmt hatte. Dass er nicht bis Ende 2014 im Amt geblieben ist, was die Vereinbarung vorsah, sondern sofort geflohen ist, war seine persönliche Entscheidung.

Der Abschnitt über die **inneren Gefahren** wurde erweitert um:

- die „Tätigkeit zur Destabilisierung der innenpolitischen und sozialen Situation im Lande“;
- die „Tätigkeit zur Informationsbeeinflussung der Bevölkerung, in erster Linie der jungen Bürger des Landes, die das Ziel hat, die historischen, geistigen und patriotischen Traditionen auf dem Gebiet des Schutzes des Vaterlandes zu untergraben“;
- die „Provozierung zwischennationaler und sozialer Spannungen und von Extremismus sowie das Entfachen von ethnischem und religiösem Hass oder Feindschaft“.

Die zweite Strichaufzählung ist wahrscheinlich eine Reaktion auf die Nutzung von Kommunikationsmöglichkeiten durch die sozialen Netzwerke, über die im Dezember 2011 und im März 2012 in Moskau die Proteste gegen die Fälschung der Staatsdumawahlen und die erneute Kandidatur Putins als Präsident organisiert worden waren.

Militärische Mittel, Militärpolitik, Rüstung

In der neuen Militärdoktrin werden im Kapitel über die **militärischen Mittel** die modernen Waffensysteme detailliert genannt. Ferner werden die in der bisherigen Fassung ganz allgemein angeführten „nicht-militärischen Mittel“ präzisiert: „politische, wirtschaftliche, Informations- und sonstige Maßnahmen nicht-militärischen Charakters, die mit breiter Nutzung des Protestpotentials der Bevölkerung und der Kräfte von Spezialoperationen“ realisiert werden. Neu aufgeführt sind:



- die „Teilnahme von irregulären militärischen Formationen und privaten militärischen Kompanien an militärischen Handlungen“,
- die „Durchführung von indirekten und asymmetrischen Handlungsmethoden“ und
- die „Nutzung von politischen Kräften und gesellschaftlichen Bewegungen, die vom Ausland finanziert und gesteuert werden“.

In einem langen Aufsatz in Nummer 8 der Wochenzeitschrift „Woenno-promyschlennij kurer“ („Rüstungskurier“) hatte der russische Generalstabschef, Armeegeneral Walerij Gerassimow, im Februar 2013 die Methoden der asymmetrischen Kriegführung beschrieben: „Nutzung von Spezialkräften auf dem gesamten Territorium des gegnerischen Staates, auch der Informationsbeeinflussung“.⁶

Zu den „grundlegenden Aufgaben der Russischen Föderation zur Beherrschung und Verhütung von militärischen Konflikten“ gehört nun auch die „Stärkung der Zusammenarbeit“ mit den BRICS-Staaten sowie mit Abchasien und Südossetien, die als Republiken bezeichnet werden. In der alten Fassung der Militärdoktrin wollte Russland die „Beziehungen mit zwischenstaatlichen Organisationen“ – genannt wurden die Europäische Union und die NATO – zum Vorbeugen von Konflikten „entwickeln“. In der neuen Fassung „unterstützt“ Russland einen „gleichberechtigten Dialog im Bereich der europäischen Sicherheit mit der Europäischen Union und der NATO“.

Die neue Militärdoktrin hält an der Formulierung der bisherigen fest, dass Atomwaffen in einem militärischen Konflikt unter Verwendung von konventionellen Vernichtungsmitteln eingesetzt werden können, wenn die „Existenz des Staates selbst bedroht“ ist. In die Liste der fundamentalen Aufgaben der russischen Streitkräfte in Friedenszeiten wurde die „Gewährleistung der nationalen Interessen der Russischen Föderation in der Arktis“ aufgenommen.

Im Kapitel über die **Militärpolitik** wurde in der neuen Militärdoktrin ein ganzer Abschnitt über die Mobilisierung eingefügt. Die Rede ist davon, dass Russland vollständig darauf vorzubereiten ist, die Mobilisierungspläne in den vorgeschriebenen Zeiten zu erfüllen. Dazu gehört die Vorbereitung der Wirtschaft auf allen Ebenen – föderal, regional, kommunal – sowie der Staats- und der Selbstverwaltungsorgane der Kommunen.

Bezüglich der **Rüstungsindustrie** verlangt die neue Militärdoktrin zusätzlich zur alten Forderung nach moderner Militärtechnik in hoher Qualität und Konkurrenzfähigkeit bei deren Produktion einen „ganz lebendigen Zyklus“ von Waffen, Militär- und Spezialtechnik“.

Beurteilung

Die neue Militärdoktrin hat in ihren Aussagen über die NATO keine wesentliche Verschärfung erfahren, obwohl eine solche von einflussreichen politischen und militärischen Stimmen vorher gefordert worden war. Hinzugekommen ist allerdings eine neue Gefahr, was zeigt, welchem Zweck die Ausarbeitung der neuen Militärdoktrin dient. Das verdeutlicht zugleich, wo Putin die eigentliche Gefahr sieht: nicht in der NATO-Erweiterung, sondern in einem möglichen erfolgreichen Majdan in Moskau. Deshalb führt die neue Militärdoktrin die Putin-Doktrin ein, ohne sie auch so zu bezeichnen: In an Russland angrenzenden Staaten wird eine „Politik, welche die Interessen der Russischen Föderation bedroht“, als äußere **militärische** Bedrohung eingestuft.

⁶ <http://www.vpk-news.ru/articles/14632>



Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Dieser Aufsatz erschien zuerst in „Europäische Sicherheit & Technik“ 2/2015.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider